



## **Resolution zur Ablehnung des Kiesabbaus in der zu der Stadt Goslar gehörenden Ortschaft Wiedelah**

Der Rat der Stadt Goslar beschließt eine Resolution zur Ablehnung des Kiesabbaus in der zu der Stadt Goslar gehörenden Ortschaft Wiedelah mit folgenden Schwerpunkten:

- Die städtischen Ratsfraktionen und -gruppen SPD, CDU, GRÜNE PARTEI 42 und DIE LINKE sowie die fraktionslosen Ratsmitglieder Henning Wehrmann und Niklas Prause unterstützen die Stellungnahme der Stadt Goslar vom 31.08.2021 und lehnen den geplanten Kiesabbau in der Ortschaft Wiedelah entschieden ab und fordern die Verwaltung der Stadt Goslar auf, mit den zuständigen Behörden die geeigneten Schritte zu veranlassen, um diese Ausweitung zu verhindern.
- Die städtischen Ratsfraktionen und -gruppen SPD, CDU, GRÜNE PARTEI 42 und DIE LINKE sowie die fraktionslosen Ratsmitglieder Henning Wehrmann und Niklas Prause unterstützen alternative Maßnahmen zur Sicherung des Kiesbedarfs, die keine negativen Auswirkungen auf die Umwelt und Ortschaften haben.
- Die Stadt Goslar appelliert an den Regionalverband Großraum Braunschweig, an das Amt für regionale Landesentwicklung Braunschweig und die Landesregierung von Niedersachsen und die örtlichen Behörden, die Bedenken und Interessen der Bürger von Wiedelah in ihren Entscheidungen zu berücksichtigen und den Schutz der Umwelt und der Lebensqualität in der Region zu gewährleisten.

Die Mitglieder der städtischen Ratsfraktionen und -gruppen SPD, CDU, GRÜNE PARTEI 42 und DIE LINKE sowie die fraktionslosen Ratsmitglieder Henning Wehrmann und Niklas Prause sind zutiefst besorgt über die geplante Ausweitung des Kiesabbaus in der Ortschaft Wiedelah.

Wiedelah ist eine historische gewachsene Gemeinschaft von kulturellem und ökologischem Wert. Ein weiterer Kiesabbau in dieser Region würde nicht nur das Landschaftsbild und das örtliche Ökosystem erheblich beeinträchtigen, sondern auch die Lebensqualität der Bewohner erheblich verschlechtern. Der Kiesabbau wird erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt haben, einschließlich der Gefahr von Grundwasserbelastung, Verlust von Lebensräumen für lokale Tier- und Pflanzenarten sowie Beeinträchtigung der Luftqualität durch den zu erwartenden doppelten Schwerlastverkehr.

Die geplante Erweiterung des Kiesabbaus steht im Widerspruch zu den Interessen und Bedürfnissen der örtlichen Gemeinschaft! Es entsteht eine nicht unerhebliche Gefahr für die Grundschulkinder, auf ihrem Schulweg und auch auf ihrem Weg zum Sportplatz und zur Turnhalle. Weiterhin kann der unzureichende Ausbauzustand der zu- und abführenden Straßen dem zu erwartenden Verkehrsaufkommen nicht gerecht werden.

Wir verweisen ausdrücklich auf die verkehrsbehördliche Stellungnahme der Stadt Goslar vom 31.08.2021, in der die Führung des Schwerlastverkehrs durch die Ortslage Wiedelah aufgrund der hohen Anzahl von LKW- und sonstigen Fahrten abgelehnt wird. Grundlage dieser Ablehnung sind die Aspekte Ausbauzustand einschl. Breite der Ortsdurchfahrt der L511, unbefriedigende Knotensituation bei Einmündung in die B241, unzumutbare Belastung der Wohnnutzungen in der Ortslage einschl. Grundschule und Schulweg sowie die negative Stellungnahme der Polizeiinspektion Goslar v. 13.08.2021. Die vertiefenden Unterlagen zum Raumordnungsverfahren und die Erörterung konnten diese Bedenken nicht zerstreuen, sondern haben sehr deutlich eine Verschärfung dieses Konfliktes dokumentiert.

SPD-Ratsfraktion

CDU-Ratsfraktion

Ratsgruppe GRÜNE PARTEI 42

Ratsfraktion DIE LINKE

Ratsherr Henning Wehrmann

Ratsherr Niklas Prause